Der Vorsitzende des Ausschusses für Planung und Verkehr, Abg. Steiner, erläuterte kurz den Hintergrund des Modellprojektes. Die drei Verkehrsverbände VRR, NVR und der westfälische Verkehrsverbund haben sich im Rahmen des digitalen Klimaschutzpaketes des Bundes mit einem Projekt zum Pendler-Tarif beworben, aber leider keinen Zuschlag erhalten. Im Tarifbeirat des VRS sei jetzt verabredet worden zu prüfen, inwieweit zumindest auf dem Gebiet des VRS ein digitaler Pendler-Tarif angeboten werden könne. Die Ergebnisse des Gutachtens sollen im 1. Halbjahr 2022 vorliegen. Es wäre gut, wenn dies von den kommunalen Gremien unterstützt würde. Deshalb werbe er heute für eine Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Stv. Beu bemerkte, es könne eigentlich niemand gegen die Flexibilität beim JobTicket sein. Er warne allerdings davor, dass die Mindereinnahmen durch ein flexibles JobTicket zu einer Verteuerung bei den anderen Tarifen führen.

Abg. Becker schloss sich den Ausführungen an. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen. Allerdings müsse man die im nächsten Jahr anstehenden Veränderungen im Land und beim Bund genau beobachten. Er persönlich bezweifle, dass dabei am Ende eine Verpflichtung zur Abnahme eines JobTickets herauskomme. Aber die Kommunen und Verkehrsverbände müssten zukünftig bei der Finanzierung des ÖPNV von Land und Bund besser unterstützt werden.

Stv. Wehlus begrüßte, dass sowohl die Stadt Bonn, als auch der Rhein-Sieg-Kreis wollen, dass das JobTicket attraktiver werde. Durch den Beschluss werde das gemeinsame Vorgehen dokumentiert und der Druck auf Land und Bund erhöht.

Stv. Biniak bat darum, die Beschlussfassung des Ausschusses für Mobilität und Verkehr auf die Einzelsitzung am 23.11.2021 zu vertagen. Hierüber bestand Einvernehmen.

Abg. Becker schlug vor, den Beschlussvorschlag um folgenden Halbsatz zu ergänzen: „...sowie die Vertreter der Stadt Bonn zu bitten, den Beschluss baldmöglichst nachzuholen.“